



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Tübingen 11.08.2009
Name Andreas Wolf
Durchwahl 07071 757-3869
Aktenzeichen 54.1 P-5/8823.12-1 / EBS-
HKW Vattenfall
(Bitte bei Antwort angeben)

Kassenzeichen: 8905151094666 Bitte bei Zahlung angeben!	
Betrag:	120000,00 EUR

Entscheidung

über den Antrag der Vattenfall Europe New Energy GmbH, Hamburg,
auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur Errichtung und zum Betrieb eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes
auf dem Gelände des Zementwerks Schelklingen der HeidelbergCement AG

Entscheidung vom 11. August 2009 Nr. 54.1 P-5/8823.12-1/EBS-HKW Vattenfall

1. Immissionsschutzrechtliche Entscheidung

- 1.1 Der Antrag der Vattenfall Europe New Energy GmbH mit Sitz in Hamburg vom 19.09.2008, zuletzt geändert am 03.07.2009, auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerks (EBS-HKW) mit einer Feuerungswärmeleistung von 117,5 MW (Dauerlast) bzw. 129,25 MW (Spitzenlast) und einem stündlichen Brennstoffeinsatz von 19 t bis 31,1 t auf dem Betriebsgelände des Zementwerks Schelklingen der HeidelbergCement AG wird **abgelehnt**.
- 1.2 Die Zulassung einer Ausnahme nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) von der Satzung über die Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes „Zementwerk Schelklingen“ der Stadt Schelklingen vom 19.02.2009 wird **abgelehnt**.
- 1.3 Die für diese Entscheidung angefallenen Gebühren und Auslagen sind von der Antragstellerin zu entrichten. Für die Entscheidung nach o.a. Nr. 1.1 und 1.2 wird eine Gebühr in Höhe von 120.000,-- € festgesetzt. Die für die Vorbereitung und Durchführung des Erörterungstermins entstandenen Auslagen sind von der Antragstellerin direkt an die Leistungserbringer zu erstatten.

2. Begründung

2.1 Antrag

Die Vattenfall Europe New Energy GmbH mit Sitz in Hamburg hat am 19.09.2008 beim Regierungspräsidium Tübingen einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) und Nr. 8.1 Spalte 1 Buchst. b) des Anhangs hierzu für die Errichtung und den Betrieb eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerks mit einer Feuerungswärmeleistung von 117,5 MW (Dauerlast) bzw. 129,25 MW (Spitzenlast) und einem stündlichen Brennstoffeinsatz von 19 t bis 31,1 t auf dem Betriebsgelände des Zementwerks Schelklingen der HeidelbergCement AG gestellt. Dem Antrag waren die in der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) genannten Unterlagen mit den Angaben nach §§ 4a bis 4e beigelegt. Die Anlage dient der Produktion von elektrischer Energie und Wärme. Die erzeugte elektrische Energie

soll vor allem den Strombedarf des Zementwerks Schelklingen der Heidelberg-Cement AG decken.

Die Anlage besteht im Wesentlichen aus dem EBS-Bunker zur Annahme und Lagerung der Brennstoffe, dem Kesselhaus mit der Feuerung und dem Dampferzeuger, dem Maschinenhaus mit Dampfturbine und Generator, Einrichtungen zur Reinigung und zur Fortleitung der Abgase sowie Nebenanlagen zur Lagerung der Reststoffe.

2.2 Verfahren

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) der 4. BImSchV war das Genehmigungsverfahren nach § 10 BImSchG durchzuführen. Hierzu wurde nach Abschluß der Vollständigkeitsprüfung das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 BImSchG i.V.m. § 8 Abs. 1 Satz 1 der 9. BImSchV am 31.10.2008 im amtlichen Veröffentlichungsblatt des Regierungspräsidiums (= Staatsanzeiger Baden-Württemberg) und in den örtlichen Tageszeitungen, die im Bereich des Standorts der Anlage verbreitet sind (Schwäbische Zeitung und Ehinger Tagblatt) öffentlich bekannt gemacht. Der Antrag und die ihm beigefügten Unterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die dem Regierungspräsidium im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorlagen, wurden in der Zeit vom 10. November 2008 bis 09. Dezember 2008 gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BImSchG i.V.m. § 10 Abs. 1 Satz 4 der 9. BImSchV bei der Genehmigungsbehörde, der Stadt Schelklingen, der Stadt Blaubeuren, der Gemeinde Allmendingen sowie der Stadt Erbach mit der Ortschaftsverwaltung Ringingen zur Einsicht ausgelegt. Bis einschließlich 23.12.2008 konnten bei den genannten Stellen Einwendungen gegen das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH erhoben werden. Des weiteren wurden gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG i.V.m. § 11 der 9. BImSchV die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH berührt wird, und nach § 12a Landesabfallgesetz a.F. die anerkannten Umweltvereinigungen am Genehmigungsverfahren beteiligt. Bei der im Januar 2009 erfolgten Planänderung für die Ausführung des Brennstoff- und Schlackebunkers konnte gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 der 9. BImSchV von einer zusätzlichen Bekanntmachung und Auslegung abgesehen werden, da durch die Änderung keine nachteiligen Auswirkungen für Dritte zu besorgen waren.

Gegen das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH wurden insgesamt 851 Einwendungen erhoben, von denen 26 verspätet und 3 nicht formgerecht erfolgten. Hinsichtlich der verspätet erhobenen Einwendungen wurde den Einwendern von

Amts wegen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt (§ 32 Abs. 2 Satz 4 Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG). Die Einwendungen wurden am 11. und 12. Februar 2009 in der Stadthalle Schelklingen mit der Antragstellerin und den Einwendern erörtert. Über den Erörterungstermin wurde entsprechend § 19 Abs. 1 der 9. BImSchV unter Einsatz von Stenographen eine Niederschrift gefertigt, die im Internet veröffentlicht worden ist und von den Einwendern, soweit sie nicht nach § 19 Abs. 2 der 9. BImSchV eine Abschrift angefordert und erhalten haben, dort eingesehen werden konnte. Die erhobenen Einwendungen stünden einer Genehmigung nicht entgegen.

In der Erörterungsverhandlung wurden als Verfahrensfehler u.a. gerügt, dass

- die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen bei der Stadt Schelklingen für einige Tage nicht zur Einsicht ausgelegt haben,
- die Antragsunterlagen unvollständig sind,
- nur der regionale Verband und nicht der Landesverband des BUND zu der im Januar 2009 erfolgten Planänderung beteiligt worden ist.

Hierzu ist anzumerken, dass Fehler bei der Auslegung der Unterlagen dann unbeachtlich sind, wenn die Einwender ihre Rechte so wahrgenommen haben, wie sie es ohne den Auslegungsfehler getan hätten (OVG Münster, Urt. 10.06.2008 - 8 D 103/07.AK). Dies trifft auf die Auslegung der Unterlagen bei der Stadt Schelklingen zu. Nach Angaben der Stadt Schelklingen hat in dem Zeitraum, in dem die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen noch nicht auslagen, niemand in die Antragsunterlagen Einsicht genommen, sodass auch niemand an der Wahrnehmung seiner Rechte gehindert worden ist.

Die von der Vattenfall Europe New Energy GmbH eingereichten Unterlagen entsprechen den Anforderungen der §§ 4 ff. der 9. BImSchV und waren damit vollständig i.S. von § 10 Abs. 3 BImSchG i.V.m. § 7 der 9. BImSchV. Hierbei war nicht zu prüfen, ob die Angaben der Antragstellerin zutreffen und ob sie - ihre Richtigkeit unterstellt - für die Erteilung der Genehmigung ausreichend sind. Die ausgelegten Unterlagen sollen zwar den Bürger über seine Betroffenheit informieren; sie brauchen ihn jedoch nicht zu befähigen, die Richtigkeit dieser Informationen im einzelnen zu überprüfen. Die Beteiligung Dritter dient nicht dazu, diesen die Möglichkeit zur umfassenden Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens zu verschaffen (OVG Lüneburg, Urt. v. 07.10.1994 - 7 L 3548/93).

Das Regierungspräsidium hat am 20.02.2009 den Landesverband des BUND zu der

im Januar 2009 erfolgten Planänderung beteiligt und damit den behaupteten vermeintlichen Verfahrensfehler geheilt (§ 45 Abs. 2 LVwVfG).

2.3 Genehmigungsvoraussetzungen

Bei begründeten Zweifeln an der persönlichen Zuverlässigkeit der Betreiberin besteht die Möglichkeit, auf der Grundlage des § 20 Abs. 3 BlmSchG Anordnungen zu treffen. Anhaltspunkte dafür, dass es der Vattenfall Europe New Energy GmbH als Antragstellerin und künftige Betreiberin an der persönlichen Zuverlässigkeit fehlt, sind nicht erkennbar.

Die Genehmigung, die andere behördliche Entscheidungen mit einschließt (§ 13 BlmSchG), ist zu erteilen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BlmSchG und einer auf Grund des § 7 BlmSchG erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden, und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen (§ 6 Abs. 1 BlmSchG). Sie ist zu versagen, wenn die Prüfung ergibt, dass die Genehmigungsvoraussetzungen nicht vorliegen und ihre Erfüllung nicht durch Nebenbestimmungen sichergestellt werden kann (§ 20 Abs. 2 Satz 1 der 9. BlmSchV). Die Prüfung hierzu hat folgendes ergeben:

2.3.1 Pflichten nach §§ 5 und 7 BlmSchG

Genehmigungsbedürftige Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- .1 schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 BlmSchG);
- .2 Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG);
- .3 Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 BlmSchG);
- .4 Energie sparsam und effizient verwendet wird (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 BlmSchG).

Die Errichtung, die Beschaffenheit und der Betrieb von - nach § 4 BImSchG genehmigungsbedürftigen - Anlagen zur Verbrennung von Abfällen unterliegt dem Anwendungsbereich der Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen - 17. BImSchV - (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 der 17. BImSchV). Sie enthält Anforderungen, die nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BImSchG bei der Errichtung und beim Betrieb der Anlage zur

- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen,
- Bekämpfung von Brandgefahren,
- Behandlung von Abfällen und
- Nutzung der entstehenden Wärme

zu erfüllen sind (§ 1 Abs. 5 der 17. BImSchV).

Des weiteren sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten, zu betreiben und stillzulegen, dass auch nach einer Betriebseinstellung

- von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 BImSchG);
- vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (§ 5 Abs. 3 Nr. 2 BImSchG) und
- die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands des Betriebsgeländes gewährleistet ist (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 BImSchG).

Die Pflichten nach § 5 Abs. 1 Nrn. 2, 3, 4 und Abs. 3 BImSchG sind nicht nachbarschützend.

Schädliche Umwelteinwirkungen sind Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen (§ 3 Abs. 1 BImSchG). Immissionen sind auf Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen (§ 3 Abs. 2 BImSchG). Emissionen sind die von einer

Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen (§ 3 Abs. 3 BImSchG). Luftverunreinigungen sind Veränderungen der natürlichen Zusammensetzung der Luft, insbesondere durch Rauch, Ruß, Staub, Gase, Aerosole, Dämpfe oder Geruchsstoffe (§ 3 Abs. 4 BImSchG).

Beim Betrieb des EBS-HKW entstehen Luftverunreinigungen sowie Lärm und Wärme. Bei der Prüfung, ob durch die beim Betrieb der Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, ist nach der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft - TA Luft) zu verfahren (Nr. 3.1 Satz 2 TA Luft). Gemäß Nr. 4.1 Abs. 4 Satz 1 Buchst. c) und Satz 2 TA Luft kann für Schadstoffe, für die Immissionswerte in den Nrn. 4.2 bis 4.5 TA Luft festgelegt sind, u.a. dann davon ausgegangen werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch die Anlage nicht hervorgerufen werden können, wenn durch die Anlage lediglich eine irrelevante Zusatzbelastung hervorgerufen wird. Unter welchen Voraussetzungen von einer irrelevanten Zusatzbelastung ausgegangen werden kann, ist für die in den Nrn. 4.2.1, 4.3.1, 4.4.2 und 4.5.1 TA Luft genannten Schadstoffe unterschiedlich geregelt. Im Einzelnen gilt zum Schutz der menschlichen Gesundheit, zum Schutz vor erheblichen Belästigungen oder erheblichen Nachteilen durch Staubbiederschlag, zum Schutz vor erheblichen Nachteilen, insbesondere zum Schutz der Vegetation und von Ökosystemen sowie zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Schadstoffdepositionen folgendes:

- Hinsichtlich der unter Nr. 4.2.1 TA Luft genannten Schadstoffe liegt nach Nr. 4.2.2 Abs. 1 Buchst. a) TA Luft eine irrelevante Zusatzbelastung vor, wenn die Kenngröße für die Zusatzbelastung durch Emissionen der Anlage an dem Beurteilungspunkt 3 % des in Nr. 4.2.1 TA Luft bestimmten Immissions-Jahreswertes nicht überschreitet.

Für Blei, Schwebstaub (PM-10), Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid sind hierbei die in Nr. 4.2.1 Abs. 1 TA Luft genannten Immissions-Jahreswerte zugrunde zu legen.

Für Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe, Arsen, Cadmium, Nickel und Quecksilber trifft Nr. 4.2.1 TA Luft folgende Regelung: Werden in Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit bestimmt, gelten diese als Immissionswerte i. S.

der Nr. 4.2.1 TA Luft ab dem Zeitpunkt, in dem die zugehörige nationale Umsetzungsvorschrift in Kraft tritt. Derartige Grenzwerte wurden in Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften bislang jedoch nicht festgesetzt. Bei den Immissionswerten für Arsen, Cadmium, Nickel und Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe der Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2004 handelt es sich nicht um Grenzwerte, sondern lediglich um Zielwerte, die nach Möglichkeit ab dem 31.12.2012 eingehalten werden sollen. Dies gilt gleichermaßen für die Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft (22. BImSchV) als Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht. Für Quecksilber wurden weder in der Richtlinie 2004/107/EG noch in der 22. BImSchV Immissionswerte festgelegt.

Für Cadmium und organische Cadmiumverbindungen als Bestandteile des Schwebstaubes (PM-10), angegeben als Cd, ist deshalb die Übergangsregelung gemäß Nr. 4.2.1 Abs. 2 Satz 2 TA Luft anzuwenden. Danach gilt ein Immissionswert von $0,02 \mu\text{g}/\text{m}^3$ bei einem Mittelungszeitraum von einem Jahr.

- Die Zusatzbelastung durch den in Nr. 4.3.1 TA Luft genannten Staubbiederschlag ist nach Nr. 4.3.2 Buchst. a) TA Luft irrelevant, wenn die Kenngröße für die Zusatzbelastung nicht über einen Wert von $10,5 \text{ mg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ - gerechnet als Mittelwert für das Jahr - liegt.
- Der Schutz der Vegetation und von Ökosystemen vor schädlichen Umwelteinwirkungen wird in Nr. 4.4 TA Luft geregelt. Bei Einhaltung der Irrelevanzkriterien für Fluorwasserstoff und gasförmige Fluorverbindungen (angegeben als Fluor, $0,04 \text{ mg}/\text{m}^3$), Schwefeldioxid ($2 \text{ mg}/\text{m}^3$) sowie Stickstoffoxide (angegeben als Stickstoffdioxid, $3 \text{ mg}/\text{m}^3$) nach Nr. 4.4.3 TA Luft ist davon auszugehen, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch das EBS-HKW nicht hervorgerufen werden können.

Ob der Schutz vor erheblichen Nachteilen durch Schädigung empfindlicher Pflanzen und Ökosysteme durch die Einwirkung von Ammoniak gewährleistet ist, ist nach Nummer 4.8 TA Luft zu prüfen. Gemäß Nr. 4.8 Abs. 1 TA Luft ist eine solche Prüfung jedoch nur dann erforderlich, wenn hinreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen schädlicher Umwelteinwirkungen bestehen. Derartige Anhaltspunkte für das Vorliegen erheblicher Nachteile durch Schä-

digung empfindlicher Pflanzen und Ökosysteme durch Ammoniak sind nach Anhang 1 TA Luft dann nicht gegeben, wenn die Zusatzbelastung für Ammoniak an keinem Beurteilungspunkt $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ überschreitet.

- Für den Niederschlag der unter Nr. 4.5.1 TA Luft genannten Schadstoffe Arsen, Blei, Cadmium, Nickel und Thallium ist nach Nr. 4.5.2 Buchst. a) aa) TA Luft eine irrelevante Zusatzbelastung anzunehmen, wenn die Kenngröße 5 % der jeweils maßgeblichen Immissionswerte nicht überschreitet.

Nach der von der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & CoKG erstellten Immissionsprognose liegt hinsichtlich der unter Nr. 4.2.1 TA Luft genannten Schadstoffe eine irrelevante Zusatzbelastung vor, da die Kenngrößen für die Zusatzbelastung durch die Emissionen des EBS-HKW an den nach Nr. 4.6.2.6 TA Luft festgelegten Beurteilungspunkten (= Punkte mit mutmaßlich höchster relevanter Belastung für dort nicht nur vorübergehend exponierte Schutzgüter) 3 v.H. des Immissions-Jahreswertes nicht überschritten werden. Eine Verletzung der Schutzpflicht gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 BImSchG ist daher - abgesehen von atypischen Sonderfällen - ausgeschlossen (OVG Münster, Urt. v. 10.06.2008 - 8 D 103/07.AK). Die Irrelevanzklauseln der TA Luft widersprechen auch nicht den europarechtlichen Vorgaben (vgl. VGH Kassel, Urt. v. 24.09.2008 - 6 C 1600/07.T).

Eine irrelevante Zusatzbelastung liegt auch hinsichtlich des in Nr. 4.3.1 TA Luft genannten Staubniederschlags vor, da die Kenngröße für die Zusatzbelastung den Wert von $10,5 \text{ mg}/(\text{m}^2 \cdot \text{d})$ an keinem Beurteilungspunkt überschritten wird.

Die Zusatzbelastungen für die in Nr. 4.4.1 und 4.4.2 genannten Stoffe (Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak und Fluorwasserstoff) sind irrelevant, da sie die in die in Nr. 4.4.3 Tabelle 5 sowie im Anhang 1 TA Luft genannten Werte ($2 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Schwefeldioxid, $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Stickstoffoxide, $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Ammoniak und $0,04 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Fluorwasserstoff) an allen Beurteilungspunkten unterschreiten.

Für den Niederschlag der unter Nr. 4.5.1 TA Luft genannten Schadstoffe Arsen, Blei, Cadmium, Nickel und Thallium ist ebenfalls von einer irrelevanten Zusatzbelastung auszugehen, da an keinem Beurteilungspunkt die Kenngröße für die Zusatzbelastung von 5 % der jeweils maßgeblichen Immissionswerte überschritten wird (vgl. Nr. 4.5.2 Buchst. a) aa) TA Luft). Dagegen liegen die Werte am Punkt der höchsten Zusatzbelastung im Untersuchungsgebiet bei den Stoffen Hg, Cd, Tl, As über der Kenngröße von 5 %. Dies stünde aber einer Genehmigung nicht ent-

gegen. Laut UVU zeigt ein Vergleich mit den Beurteilungswerten für eine Sonderfallprüfung unter Berücksichtigung der in Deutschland in ländlichen Gebieten ermittelten maximalen Werte für Schwermetalldepositionen, dass auch am Punkt der höchsten Zusatzbelastung keine Anhaltspunkte für schädliche Umwelteinwirkungen durch Schwermetalldepositionen vorliegen.

Ob und inwieweit bei einer fehlenden Überschreitung der in der TA Luft bestimmten Irrelevanzschwelle Raum für die Annahme besteht, es könnten gleichwohl schädliche Umwelteinwirkungen vorliegen, kann offen bleiben. Anlass für eine solche Annahme könnte etwa bestehen, wenn der Betrieb der zu prüfenden Anlage kurzfristig zu hohen Emissionen führt. Denn dann ist die Vermutung nicht gerechtfertigt, dass eine Anlage mit über das Jahr gemittelten geringen Immissionsbeiträgen nicht zu einer Erhöhung der zugelassenen Überschreitungshäufigkeit bei den Tages- und Stundenmittelwerten beitragen wird. Dafür gibt es vorliegend keine Anhaltspunkte. Das EBS-HKW der Antragstellerin soll entsprechend der von ihr beantragten Emissionsbegrenzungen, die die Anforderungen nach § 5 der 17. BImSchV erfüllen und diese hinsichtlich der Schwermetalle sogar deutlich unterschreiten, kontinuierlich betrieben werden. Ausgehend davon kommt den Tages- und Stundenwerten keine ausschlaggebende Bedeutung zu, da nicht zu erwarten ist, dass diese besonderen Schwankungen unterliegen.

In Bezug auf die von dem EBS-HKW der Antragstellerin emittierten Schadstoffe, für die in der TA Luft keine Immissionswerte festgelegt sind und deshalb auch keine Schwelle irrelevanter Zusatzimmissionen bestimmt ist (namentlich die in der Luft enthaltenen Schadstoffe Ammoniak, Antimon, Arsen, Benzo(a)pyren, Chrom, Dioxine / Furane, Kobalt, Kohlenmonoxid, Kupfer, Mangan, Nickel, Quecksilber, Thallium, Vanadium und Zink) fehlt es an hinreichenden Anhaltspunkten, dass schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden können, wenn aufgrund sachverständiger Risikoabschätzung anzunehmen ist, dass das durch den emittierenden Betrieb verursachte Gesundheitsrisiko irrelevant ist. In Anlehnung an den in Nr. 4.6.1.1 Abs. 1 TA Luft zum Ausdruck kommenden Rechtsgedanken, dass bei der Ermittlung der Immissionskenngößen Massenströme unterhalb einer bestimmten Grenze ohne weitere Prüfung vernachlässigbar sind, ist es zulässig auch für Immissionsbeiträge eine Bagatellgrenze anzuerkennen, bei deren Unterschreitung eine weitere Begrenzung der Emissionen regelmäßig entbehrlich ist. Als in diesem Sinne irrelevant anzusehen ist eine Immissionszusatzbelastung unter 1 % anerkannter Wirkungsschwellen (BVerwG, Urt. v. 11.12.2003 - 7 C 1902; OVG Münster, Urt. v. 10.06.2008 - 8 D 103/07.AK sowie Bericht des LAI - Bewertung

von Schadstoffen, für die keine Immissionswerte festgelegt sind - Orientierungsprüfung für die Sonderfallprüfung und für die Anlagenüberwachung sowie Zielwerte für die langfristige Luftreinhalteplanung unter besonderer Berücksichtigung der Beurteilung krebserzeugender Luftschadstoffe vom 21.09.2004). Nach der vom TÜV NORD Umweltschutz durchgeführten Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) und der von ihm erstellten Luftschadstoffprognose kann davon ausgegangen werden, dass die Immissionszusatzbelastung für die o.a. Schadstoffe unter 1 % anerkannter Wirkungsschwellen liegt und insoweit der Schutzpflicht des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG entsprochen wird.

Darüber hinaus behandeln sowohl Immissionsprognose als auch UVU die Zielwerte der RL 2004/107/EG bzw. der 22. BImSchV für die Luftschadstoffe Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe, Arsen, Cadmium und Nickel wie echte Grenzwerte und weisen auch auf dieser Grundlage die Irrelevanz der Zusatzbelastung entsprechend 4.2.2 TA Luft nach.

Da der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geruchsimmissionen in der TA Luft nicht geregelt ist (vgl. Nr. 1 Abs. 3 TA Luft), sind für die Prüfung andere Erkenntnisquellen heranzuziehen. Hierzu zählt die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL). Danach ist eine Geruchsimmission als erhebliche Belästigung zu werten, wenn die als relative Häufigkeiten der Geruchsstunden angegebenen Immissionswerte für die jeweilige Nutzung (Wohn-/Mischgebiete und Gewerbe-/Industriegebiete) überschritten werden. Die Immissionswerte betragen für Wohn-/Mischgebiete 0,10 (d. h. 10 % der Jahresstunden sind Geruchsstunden) und für Gewerbe-/Industriegebiete 0,15. Geruchsimmissionen sind irrelevant, wenn sie auf keiner Beurteilungsfläche den Wert von 0,02 überschreiten.

Nach der Immissionsprognose beträgt bei den Gerüchen die Immissionskonzentration an allen Beurteilungspunkten, an denen sich Menschen nicht nur vorübergehend aufhalten, zwischen 0,001 und 0,004. Sie liegt damit deutlich unter der Irrelevanzschwelle.

Die von der Antragstellerin für das EBS-HKW beantragten Emissionsbegrenzungen entsprechen den Anforderungen des § 5 der 17. BImSchV (s. Formblatt 2.6 in Kap. 5 der Antragsunterlagen). Allerdings beschränkt sich die Antragstellerin auf einen Bezugssauerstoffgehalt von 9 Vol.-% statt 11 Vol.-% (wie von § 5 Abs. 2 der 17. BImSchV gefordert), was einer Verschärfung auf ca. 83,3 % der gesetzlich geforderten Emissionsgrenzwerte gleichkommt und einer Genehmigung nicht entge-

gensteht (VGH Kassel, Urt. v. 07.08.2007 - 2 A 690/06).

Für die Luftschadstoffe Quecksilber (nur Tagesmittelwert), Summe der Schwermetalle nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b) sowie für PCDD / PCDF wird jeweils die Hälfte des Emissionsgrenzwertes nach § 5 Abs. 1 der 17. BImSchV beantragt. Unter Berücksichtigung des Bezugssauerstoffgehalts von 9 Vol.-% entspricht dies somit ca. 41,7 % der von der Verordnung geforderten Werte.

Für die Summe aus Cadmium und Thallium und für die krebserzeugenden Stoffe nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c) werden 44 % bzw. 42 % der Werte nach § 5 Abs. 1 der 17. BImSchV beantragt, bei Berücksichtigung des Bezugssauerstoffgehalts ergeben sich ca. 36,7 % bzw. 35,0 % der geforderten Werte.

Die in § 5 der 17. BImSchV festgelegten - nach Auffassung des Verordnungsgebers den Stand der Technik wiedergebenden - Emissionswerte konkretisieren in genereller Weise die vom Anlagenbetreiber nach dem Vorsorgegrundsatz des § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BImSchG zu erfüllenden Pflichten. Werden die zur Gewährung eines hohen Schutzniveaus für die Allgemeinheit festgesetzten Vorsorgewerte aus § 5 der 17. BImSchV eingehalten, ist davon auszugehen, dass nicht nur der Vorsorgepflicht aus § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BImSchG, sondern zugleich auch der Schutzpflicht des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG Genüge getan wird (OVG Münster, Urt. v. 03.12.2008 - 8 D 19/07 AK).

Bei den Auswirkungen des Vorhabens durch Lärm handelt es sich um Immissionen i.S. des § 3 Abs. 2 BImSchG. Die Anforderungen des § 5 Abs. 1 BImSchG werden hinsichtlich des Lärms durch die Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26.08.1998 konkretisiert. Hinsichtlich der Geräusche ist eine nach dem BImSchG genehmigungsbedürftige Anlage so zu errichten und zu betreiben, dass sichergestellt ist, dass

- die von der Anlage ausgehenden Geräusche, einschließlich der ihr zuzurechnenden Verkehrsgeräusche (vgl. Nr. 7.4 TA Lärm) keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorrufen können und
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche getroffen ist, insbesondere durch den Stand der Technik zur Lärminderung entsprechende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG i.V.m. Nr. 3.1 TA Lärm).

Der Stand der Technik sowie die Schutz- und Vorsorgeanforderungen werden in Nrn. 2.5, 3.2 und 3.3 der TA Lärm konkretisiert.

Nach Nr. 3.2.1 TA Lärm ist der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sichergestellt, wenn die Gesamtbelastung am maßgeblichen Immissionsort die Immissionsrichtwerte nach Nr. 6 TA Lärm nicht überschreitet.

Zur Ermittlung der anlagenbezogenen Zusatzbelastung hat die Müller-BBM GmbH, Planegg, am 09.10.2008 ein schalltechnisches Prognosegutachten erstellt. Demnach führt der Betrieb der Anlage - einschließlich der Nebeneinrichtungen und des Fahrzeugverkehrs auf dem Betriebsgelände - an den maßgeblichen Immissionsorten tagsüber zu einem Beurteilungspegel von mindestens 6 dB(A) und nachts von mindestens 9 dB(A) unter den zulässigen Immissionsrichtwerten nach Nr. 6.1 TA Lärm. Der von der Anlage verursachte Immissionsbeitrag kann damit als nicht relevant i. S. der 3.2.1 TA Lärm angesehen werden.

Geräusche durch den An- und Abfahrtsverkehr auf öffentlichen Verkehrswegen sind nach Maßgabe der Nr. 7.4 Abs. 2 TA Lärm zu berücksichtigen. Diese sollen in einem Abstand von bis zu 500 m von dem Betriebsgrundstück in Kur-, Wohn- und Mischgebieten durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, soweit

- sie den Beurteilungspegel der Verkehrsgeräusche für den Tag oder die Nacht rechnerisch um 3 dB(A) erhöhen,
- keine Vermischung mit dem übrigen Verkehr erfolgt ist und
- die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV), die in Wohngebieten tags 59 dB(A) und nachts 49 dB(A) sowie in Mischgebieten tags 64 dB(A) und nachts 54 dB(A) betragen, erstmals oder weitergehend überschritten werden.

Dem schalltechnischen Gutachten der Müller BBM GmbH vom 09.10.2008 zufolge liegen die durch den anlagenbezogenen An- und Abfahrtsverkehr auf öffentlichen Straßen verursachten Beurteilungspegel tags und nachts um mehr als 3 dB(A) unter den zulässigen Immissionsgrenzwerten der 16. BImSchV, so dass keine organisatorischen Maßnahmen zur Lärminderung notwendig sind. Grundlage hierfür war eine anteilige Aufteilung des Verkehrs auf der B 492 und der L 240 aus Richtung Ehingen (30 %), Blaubeuren (40 %) und Ringingen (30 %). Selbst wenn die Zu- und Abfahrten zu 100 % aus einer Richtung erfolgten, würden nach der ergänzenden schalltechnischen Beurteilung der Müller BBM GmbH vom 16.04.2009 die

zulässigen Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV auch dann noch deutlich unterschritten.

Zur Beurteilung des Baustellenlärm ist nicht die TA Lärm, sondern die „Allgem. Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm)“ heranzuziehen (s.a. VGH Ba.Wü., Urt. v. 08.02.2007 - 5 S 2257/05 - ES Feldhaus VwVfG § 74-3). Die von Müller BBM durchgeführte Berechnung und Beurteilung des Baustellenlärms vom 24.06.2009 hat ergeben, dass an allen Immissionsorten die zur Tagzeit zulässigen Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm bei allen 3 Bauphasen unterschritten werden. Dagegen wird in der Nachtzeit der Immissionsrichtwert in der Bauphase 1 an allen Immissionsorten überschritten. Nach der AVV Baulärm sind aber nur bei Überschreitungen von mehr als 5 dB(A) Maßnahmen zur Lärmminde- rung zu treffen. Dies betrifft vor allem die Immissionsorte IO 2 und IO 5 in der Bauphase 1 und den Immissionsort IO 6 während aller Bauphasen. Durch die Ver- legung besonders lärmintensiver nächtlicher Bauarbeiten auf den Tag können Ü- berschreitungen des für die Nachtzeit geltenden Immissionsrichtwertes vermieden werden.

Der Schutz und die Vorsorge vor sonstigen Gefahren erfasst alle Gefahren, die durch andere physische Einwirkungen als Immissionen verursacht werden und zu einer konkreten Gefährdung der in § 1 BImSchG genannten Rechtsgüter führen. Hierzu zählen insbesondere Brand- und Explosionsgefahren, aber auch Gefähr- dungen des Bodens und des Grundwassers durch Schadstoffeinträge.

Die Antragstellerin hat in Kap. 6.3 und 10 der Antragsunterlagen beschrieben, welche Gefährdungen durch den Betrieb des EBS-HKW auftreten können und welche Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Für Verbrennungsanlagen sind Maßnahmen und Einrichtungen zur Erkennung und Bekämpfung von Bränden vorzusehen. Die Brandschutzeinrichtungen und -maßnahmen sind so auszulegen, dass im Abfallbunker oder in der Lagereinrichtung entstehende oder eingetragene Brände erkannt und bekämpft werden können (§ 3 Abs. 2 der 17. BImSchV). Das von Müller BBM erstellte Brandschutzkonzept erfüllt diese Anforderungen. Der UVU zufolge führt ein Brand im Brennstoffbunker als Störung des bestimmungs- gemäßen Betriebs mit den weitreichendsten Auswirkungen zu keiner ernststen Ge- fährdung in der Umgebung der Anlage.

Wegen etwaiger Gefährdungen des Bodens und des Grundwassers durch Schad- stoffeinträge wird auf die Ausführungen in Nr. 2.3.2 verwiesen.

Für die beim Betrieb von Verbrennungsanlagen anfallenden Abfälle sind die in § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG i.V.m. § 7 der 17. BImSchV genannten Anforderungen zu erfüllen. Danach gilt u.a. folgendes:

- Schlacken, Rostaschen, Filter- und Kesselstäube sowie Reaktionsprodukte und sonstige Abfälle der Abgasbehandlung sind zu verwerten oder zu beseitigen. Soweit die Verwertung technisch nicht möglich oder unzumutbar ist, sind sie ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen (§ 7 Abs. 1 der 17. BImSchV).
- Filter- und Kesselstäube, die bei der Abgasentstaubung sowie bei der Reinigung von Kesseln, Heizflächen und Abgaszügen anfallen, sind getrennt von anderen festen Abfällen zu erfassen (§ 17 Abs. 2 der 17. BImSchV).
- Die Förder- und Lagersysteme für schadstoffhaltige, staubförmige Abfälle sind so auszulegen und zu betreiben, dass hiervon keine relevanten diffusen Emissionen ausgehen können. Dies gilt besonders hinsichtlich notwendiger Wartungs- und Reparaturarbeiten an verschleißanfälligen Anlagenteilen. Trockene Filter- und Kesselstäube sowie Reaktionsprodukte der Abgasbehandlung und trocken abgezogene Schlacken sind in geschlossenen Behältnissen zu befördern und zwischenzulagern (§ 7 Abs. 4 der 17. BImSchV).

Diese Anforderungen werden von der Antragstellerin erfüllt. So werden die in § 7 Abs. 1 der 17. BImSchV genannten nicht zu vermeidenden Schlacken und Aschen - wie auch die übrigen Abfälle - auf dem Betriebsgelände getrennt gelagert und entsprechend § 5 Abs. 2, 3 und § 6 KrW-/AbfG stofflich oder thermisch verwertet. Wegen der Einzelheiten wird auf die Antragsunterlagen in Kap. 7 verwiesen.

Die Betreiber von (nach BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen sind gehalten die eingesetzte Energie effizient zu verwenden und mit ihr sparsam umzugehen (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG). Eine effiziente Energieverwendung kann vor allem durch die Erreichung hoher energetischer Wirkungsgrade, die Einschränkung von Energieverlusten und die Nutzung der anfallenden Energie erreicht werden. In Abfallverbrennungsanlagen ist entstehende Wärme, die nicht an Dritte abgegeben wird, in Anlagen des Betreibers zu nutzen, soweit dies nach Art und Standort technisch möglich und zumutbar ist (§ 8 Satz 1 der 17. BImSchV).

Die Antragstellerin erfüllt die Anforderungen des Gesetzgebers. Von den 117,5 MW Feuerungswärmeleistung (Dauerlast) werden 26 MW für die Erzeugung

elektrischer Energie genutzt, was einem Wirkungsgrad von ca. 22 % entspricht. Davon sollen 19 MW dem Zementwerk zur Verfügung gestellt werden und 3 MW in das öffentliche Netz eingespeist werden. 4 MW werden für den Eigenbedarf genutzt. Von der verbleibenden Wärme sollen 12 MW für eine externe Nutzung (z. B. Fernwärme) ausgekoppelt werden, sofern dies realisiert werden kann. Dadurch würde sich der Wirkungsgrad von ca. 22 % auf 32,3 % erhöhen. Die verbleibenden Wärmeverluste in Höhe von 79,5 MW setzen sich aus den Kessel- und Turbinenverlusten (20,6 MW) und der über den Luftkondensator abgegebenen Abwärme (58,9 MW) zusammen. Da sich § 5 Abs. 1 Nr. 4 BlmSchG und § 8 der 17. BlmSchV nur auf die anlageninterne Nutzung der Energie beziehen, kann weder eine externe Nutzung der Abwärme noch die Errichtung einer alternativen Anlage, beispielsweise eines effizienteren GuD-Kraftwerks (Gas- und Dampfkraftwerk = Kombination aus Gas- und Dampfturbine), anstelle des EBS-HKW durchgesetzt werden.

Bei einer Betriebseinstellung des EBS-HKW ist die Demontage aller maschinentechnischen Anlagenteile und der Rückbau des gesamten Baukörpers vorgesehen. Vorher werden alle noch vorhandenen Abfälle und Hilfsstoffe ordnungsgemäß entsorgt. Den Anforderungen nach § 5 Abs. 3 BlmSchG wird damit entsprochen. Zur Sicherstellung dieser Anforderungen kann von der Betreiberin des EBS-HKW eine Sicherheitsleistung verlangt werden.

2.3.2 Voraussetzungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG

2.3.2.1 Raumordnung/Bauplanung

Die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens für das geplante EBS-HKW beurteilt sich nach §§ 18, 19 Landesplanungsgesetz - LPlG - i.V.m. § 1 Abs. 1 der Raumordnungsverordnung - ROV -. Danach führt die höhere Raumordnungsbehörde für diejenigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die in der Raumordnungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung abschließend aufgeführt sind, in der Regel ein Raumordnungsverfahren durch. Nach § 1 Abs. 1 ROV gilt dies grundsätzlich auch für die Errichtung einer Anlage im Außenbereich i.S. des § 35 BauGB, die - wie das geplante EBS-HKW - der Genehmigung in einem Verfahren unter Einbeziehung der Öffentlichkeit nach § 4 BlmSchG bedarf und die in Nrn. 1 bis 10 der Anlage zum UVPG aufgeführt ist, wenn sie im Einzelfall raumbedeutsam ist und überörtliche Bedeutung hat. Im vorliegenden Fall kann offen bleiben, ob das EBS-HKW im Außenbereich nach § 35 BauGB - wie das Land-

ratsamt Alb-Donau-Kreis annimmt (vgl. Stellungnahme vom 10.12.2008) - oder innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils i.S. des § 34 BauGB - wovon die Genehmigungsbehörde unter Hinweis auf die Rechtsprechung (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 14.05.2007 - 11 S 83.06 mit ausführlicher Begründung des baulichen Zusammenhangs) ausgeht - errichtet werden soll. Der Gemeinderat der Stadt Schelklingen hat nämlich am 17.12.2008 die Aufstellung eines Bebauungsplans „Zementwerk Schelklingen“ beschlossen, dessen Geltungsbereich auch den Standort für das geplante EBS-HKW erfasst. Somit liegen - unabhängig von der Einstufung nach §§ 34 oder 35 BauGB - die Tatbestandsvoraussetzungen für die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens („Anlage im Außenbereich“) nicht mehr vor. Im Übrigen kommt den ausschließlich im öffentlichen Interesse erlassenen Vorschriften über das Raumordnungsverfahren keine drittschützende Wirkung zu (vgl. u.a. VGH Ba.Wü. Beschl. v. 29.06.1994).

Der Gemeinderat der Stadt Schelklingen hat am 14.01.2009 die Fortschreibung des Flächennutzungsplans (Teilfortschreibung Fläche für die Landwirtschaft) und aus Rechtsgründen nochmalig die Aufstellung eines Bebauungsplans „Zementwerk Schelklingen“ beschlossen. Zur Sicherung des mit Beschluss vom 14.01.2009 eingeleiteten Bebauungsplanverfahrens hat der Gemeinderat am 18.02.2009 für dieses Gebiet eine Veränderungssperre nach § 14 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen, die im Schelklinger Stadtboten, Ausgabe vom 26.02.2009, öffentlich bekannt gemacht worden und mit der Bekanntmachung in Kraft getreten ist. Mit Inkrafttreten der auch im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachtenden Veränderungssperre (vgl. VGH Ba.Wü. Urt. v. 06.07.1989 - 10 S 2687/88) stehen der Erteilung der nach § 49 LBO erforderlichen Baugenehmigung öffentlich-rechtliche Vorschriften i.S. des § 58 Abs. 1 Satz 1 LBO und damit der Genehmigung nach § 4 BImSchG andere öffentlich-rechtliche Vorschriften i.S. des § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG entgegen.

Nach § 14 Abs. 1 BauGB kann eine Gemeinde zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre beschließen, wenn ein Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans gefasst worden ist. Inhalt einer solchen Veränderungssperre kann u.a. sein, dass Vorhaben i.S. von § 29 BauGB nicht durchgeführt werden dürfen. Soweit ersichtlich liegen diese gesetzlichen Voraussetzungen vor. Dem Aufstellungsbeschluss liegt auch eine genügend konkretisierte Planungsabsicht zugrunde. Die Veränderungssperre dient dazu, durch eine vorübergehende Verhinderung neuer Bauvorhaben (vgl. § 29 BauGB) die vorgesehene Planung zu sichern.

Ob Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Veränderungssperre letztlich Platz greifen, kann dahin gestellt bleiben. Soweit im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens die Rechtsgültigkeit einer Satzung in Frage gestellt wird, gilt nämlich, dass der Behörde trotz der Befugnis und grundsätzlich auch der Verpflichtung, bei der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens inzident zu prüfen, ob die fragliche Satzung rechtsgültig ist (vgl. VGH Ba.Wü., Beschl. v. 28.02.1991 - 8 S 2238/90) nach einhelliger Meinung in Rechtsprechung und Literatur kein Verwerfungsrecht zugestanden wird. Das bedeutet, dass infolge dieser fehlenden Normverwerfungskompetenz die Genehmigungsbehörde solange von der Gültigkeit der Satzung über die Veränderungssperre auszugehen hat, als diese nicht förmlich aufgehoben oder in einem Normenkontrollverfahren für nichtig erklärt worden ist.

Von der Veränderungssperre kann gemäß § 14 Abs. 2 Satz 1 BauGB eine Ausnahme zugelassen werden, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die Gemeinde ihr Einvernehmen erteilt hat (§ 14 Abs. 2 Satz 2 BauGB). Eine solche Ausnahme hat die Vattenfall Europe New Energy GmbH mit Schreiben vom 26.05.2009 bei der Genehmigungsbehörde beantragt. Ob der Erteilung einer Ausnahme öffentliche Belange entgegenstehen, kann offen bleiben, da der Gemeinderat der Stadt Schelklingen mit Beschluss vom 29.07.2009 das für die Zulassung der Ausnahme erforderliche Einvernehmen verweigert hat. Das fehlende Einvernehmen wurde auch vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis im Wege der Kommunalaufsicht nicht ersetzt. Über ein fehlendes Einvernehmen kann sich weder die untere Baurechtsbehörde noch das Regierungspräsidium als zuständige Immissionsschutzbehörde hinwegsetzen.

Auch wenn man - wie von der Antragstellerin unter Hinweis auf die Rechtsprechung vorgetragen - die Veränderungssperre als unwirksam ansehen müsste, wäre dadurch das Genehmigungshindernis nicht beseitigt. Unabhängig von der Veränderungssperre wird jedoch - ungeachtet der bauplanungsrechtlichen Beurteilung nach §§ 34 oder 35 BauGB - gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 BauGB über die Zulässigkeit des Bauvorhabens in jedem Fall im Einvernehmen mit der Stadt Schelklingen entschieden. Dieses Einvernehmen hat der Gemeinderat der Stadt Schelklingen mit Beschluß vom 14.01.2009 versagt. Dem Antrag der Betreiberin des EBS-HKW auf Ersetzung des Einvernehmens vom 15.06.2009 hat das Landratsamt Alb-Donau-Kreis nicht entsprochen. Auf das Schreiben des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 06. August 2009 wird insoweit verwiesen.

2.3.2.2 Wasserrecht

Das Zementwerk Schelklingen und damit auch das geplante EBS-HKW liegen innerhalb der Zone IIIA des Wasserschutzgebietes Blaubeuren - Gerhausen. Die WSG-VO des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 03.12.2003 schließt in der Zone IIIA ausdrücklich das Errichten und das Erweitern von Anlagen zur Entsorgung von Reststoffen aus, wozu auch das Gewinnen von Energie aus Abfällen zählt (vgl. § 6 Nr. 17 der WSG-VO). Weiterhin ist sowohl in der WSG-VO als auch in der Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe (VAwS) weitgehend inhaltsgleich das Lagern wassergefährdender Stoffe (wozu die von der Vattenfall Europe New Energy GmbH beantragten Ersatzbrennstoffe gehören) nur bis zu bestimmten Mengengrenzen (unterirdisch 1000 m³ bei WGK 1) und nur in doppelwandigen Anlagen oder Anlagen mit Auffangraum zulässig (vgl. § 6 Nr. 2 WSG-VO und § 10 Abs. 2 und 3 VAwS). Nicht gestattet sind ferner großflächige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird (vgl. § 8 Nr. 2 WSG-VO).

Nachdem das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH ursprünglich den Verboten der WSG-VO des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis und den Vorgaben der VAwS zuwiderlief, hat die Antragstellerin im Januar 2009 die Planung hinsichtlich der baulichen Ausführung des Brennstoff- und des Schlackebunkers geändert, mit der Folge, dass die Anforderungen der VAwS erfüllt werden und nur noch von dem Verbot in § 6 Nr. 17 der WSG-VO eine Befreiung erteilt werden muss, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Nachdem die Verordnung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis über das Wasserschutzgebiet Blaubeuren - Gerhausen erst nach dem 13.01.2004 und damit nach der Novelle 2004 zum Wassergesetz Baden-Württemberg (WG Ba.Wü.) in Kraft getreten ist, sind die Voraussetzungen für eine Zulassung einer Befreiung von dem Verbot der WSG-VO nicht mehr nach § 10 Abs. 1 der WSG-VO, sondern nach § 110 Abs. 1 Satz 3 WG Ba.Wü. zu beurteilen. So hat die Antragstellerin - entgegen dem Wortlaut in § 10 Abs. 1 Nr. 2 WSG-VO - kein berechtigtes Interesse an der Abweichung von den Anforderungen der WSG-VO nachzuweisen. Wichtigster Grund für die Zulassung einer Ausnahme ist, wenn der bezweckte Schutz auch ohne Einhaltung von in WSG-VOen angeordneten Verboten, Beschränkungen, Duldungs- und Handlungspflichten erreicht werden kann (§ 110 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 WG Ba.Wü.). Dies trifft bei dem Vorhaben der Antragstellerin zu. Durch die von ihr geplanten baulichen Änderungen des Brennstoff- und Schlackebunkers wird der mit der WSG-VO bezweckte Schutz weiterhin gewahrt, so daß von dem Verbot des § 6 Nr. 17 der WSG-VO eine Ausnahme zugelassen werden kann, ohne einen Ermessensfehler

zu begehen. Auch nach der Planänderung verbleibt noch ein Restrisiko, das aber hinnehmbar ist. Die §§ 5, 22 BImSchG verlangen nicht, dass jedes nur denkbare Risiko ausgeschlossen sein muss. Vielmehr müssen solche Risiken mit hinreichender, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechenden Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sein (OVG Münster, Beschl. v. 26.04.2002 - 10 B 43/02).

Die vom BUND vorgetragenen Befürchtungen hinsichtlich einer Beeinträchtigung des Grundwasserleiters sind unbegründet. In Schelklingen handelt es sich um einen Kluftgrundwasserleiter, d.h. der Untergrund besteht aus Felsgestein, in dessen Klüften und Spalten sich das Grundwasser bewegt. Der Brennstoff- und der Schlackebunker liegen oberhalb des höchsten zu erwartenden Grundwasserspiegels, so dass durch die Bauwerke selbst die Grundwasserströme nicht beeinflusst werden. Aufgrund allgemeiner ingenieurgeologischer Erfahrung ist davon auszugehen, dass der im Untergrund anstehende Jurakalk die Lasten aus den Bauwerken aufnehmen kann und es daher zu keiner Verdichtung kommt und deshalb ein Verschließen von wasserführenden Klüften nicht zu erwarten ist. Unabhängig davon würde eine lokale Verdichtung unter den Bauwerken nicht zu einem Verschluss des Grundwasserleiters führen, da dieser eine große Ausdehnung hat und eine punktuell geringer durchlässige Stelle einfach umströmt würde. Ein dadurch verursachter Aufstau wäre sehr gering und aufgrund der großen Tiefenlage für oberirdische Belange wie Gewässer und FFH-Gebiete unerheblich.

2.3.2.3 Abfallrecht

Die in dem geplanten EBS-HKW zum Einsatz kommenden Ersatzbrennstoffe sind Abfälle i.S. des § 3 Abs. 1 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG). Auf das Vorhaben finden deshalb auch die bundes- und landesrechtlichen Vorschriften des Abfallrechts Anwendung. Zu prüfen war insbesondere, ob eine Beseitigung oder Verwertung von Abfällen vorliegt und in welchen Anlagen dies zugelassen ist.

Der auf der Grundlage des § 29 KrW-/AbfG i.V.m. § 15 Landesabfallgesetz (AbfG) erstellte und bis zum Jahr 2015 fortgeschriebene Abfallwirtschaftsplan für Baden-Württemberg - Teilplan Siedlungsabfälle - befasst sich mit den Abfällen, die aus Haushaltungen oder anderen Herkunftsbereichen stammen und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (vgl. § 15 KrW-/AbfG) zu überlassen sind. Dies sind Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit sie zu einer Verwertung nicht in der Lage sind. Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen haben diese Abfälle ebenfalls dem öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger zu überlassen.

Abfälle zur Verwertung sind dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nicht zu überlassen und fallen somit nicht unter den Geltungsbereich des Teilplans Siedlungsabfälle. Bei diesen Abfällen ist der Abfallerzeuger selbst für die ordnungsgemäße Verwertung verantwortlich und kann die entsprechenden Anlagen auswählen. Von der Fa. Vattenfall wurde der Antrag auf Genehmigung eines Ersatzbrennstoffkraftwerks zur Verbrennung von Abfällen zur Verwertung gestellt.

Bei der Abgrenzung von Abfällen zur Beseitigung und Abfällen zur Verwertung ist nach dem Urteil des EuGH vom 13. Februar 2003 - C-228/00 - (DVBl. S. 511) von folgendem auszugehen:

„... Nach R 1 des Anhangs II B der Richtlinie 75/442/EWG des Rates vom 15. Juli 1975 über Abfälle (ABl. L 194, S. 39) in der Fassung der Entscheidung 96/350/EG der Kommission vom 24. Mai 1996 (ABl. L 135, S. 32), stellt die Hauptverwendung als Brennstoff oder andere Mittel der Energieerzeugung ein Abfallverwertungsverfahren dar.

Diese Bestimmung erfasst die Verwendung von Abfällen als Brennstoff, wenn - zum einen - der Hauptzweck des fraglichen Verfahrens die Verwendung der Abfälle als Mittel der Energieerzeugung ist. Der Begriff der [Haupt]Verwendung in R 1 des Anhangs II B der Richtlinie impliziert nämlich, dass das dort genannte Verfahren im Wesentlichen dazu dient, die Abfälle für einen sinnvollen Zweck, nämlich die Energieerzeugung, einzusetzen.

Zum anderen fällt die Verwendung von Abfällen als Brennstoff dann unter das in R 1 des Anhangs II B der Richtlinie genannte Verfahren, wenn die Bedingungen, unter denen dieses Verfahren durchzuführen ist, die Annahme zulassen, dass es tatsächlich ein Mittel der Energieerzeugung ist. Das setzt voraus, dass durch die Verbrennung der Abfälle mehr Energie erzeugt und erfasst wird als beim Verbrennungsvorgang verbraucht wird und dass ein Teil des bei dieser Verbrennung gewonnenen Energieüberschusses tatsächlich genutzt wird, und zwar entweder unmittelbar in Form von Verbrennungswärme oder nach Umwandlung in Form von Elektrizität.

Zum dritten ergibt sich aus dem Begriff [Haupt]Verwendung in R 1 des Anhangs II B der Richtlinie, dass die Abfälle hauptsächlich als Brennstoff oder andere Mittel der Energieerzeugung verwendet werden müssen. Dies bedeutet, dass der größere Teil der Abfälle bei dem Vorgang verbraucht und der größere Teil der freigesetzten Energie erfasst und genutzt werden muss.

Diese Auslegung entspricht dem Verwertungsbegriff der Richtlinie.“.

Nach den in Kapitel 4, Tabelle 4-3 der Antragsunterlagen aufgeführten Brennstoffkriterien ist von einer Verwertung der Abfälle in dem Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk auszugehen.

2.3.2.4 Betriebssicherheit und Belange des Arbeitsschutzes

Nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) bedarf u.a. die Montage, Installation und der Betrieb von Dampfkesselanlagen als überwachungsbedürftige Anlagen nach § 2 Abs. 7 des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG) i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a) der BetrSichV einer Erlaubnis, die von der Genehmigung nach § 4 BImSchG eingeschlossen wird (§ 13 BImSchG). Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn aus einer gutachtlichen Äußerung einer zugelassenen Überwachungsstelle nach § 21 Abs. 1 BetrSichV und § 17 Abs. 1 GPSG hervorgeht, dass Aufstellung, Bauart und Betriebsweise den Anforderungen der BetrSichV entsprechen (§ 13 Abs. 2 BetrSichV). Die TÜV Rheinland Industrie Service GmbH als zugelassene Überwachungsstelle hat in seiner gutachtlichen Äußerung vom 17.06.2009 mitgeteilt, dass der sichere Betrieb und die Betriebsweise der von der Antragstellerin geplanten Dampfkesselanlage unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Nebenbestimmungen gewährleistet werden kann.

Belange des Arbeitsschutzes stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Auf Kap. 11 der Antragsunterlagen wird insoweit verwiesen.

2.3.2.5 Bodenschutzrecht

Nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) haben die Bodenschutzbehörden darauf zu achten und hinzuwirken, dass mit Boden und Fläche sparsam, schonend und haushälterisch umgegangen wird. Das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH entspricht dieser Forderung. Das EBS-HKW soll auf dem ehemaligen Kohlenfreilager des Zementwerks Schelllingen - und damit ohne Inanspruchnahme neuer unversiegelter Flächen - errichtet werden. Der Baugrund besteht aus Kalksteinfels. Die Oberfläche ist mit gebrochenem Kalksteinschotter befestigt. Für das EBS-HKW soll eine Fläche von ca. 18.000 m², davon ca. 6.000 m² für Gebäude und Nebenanlagen, in Anspruch genommen werden. Die Straßen und Wege (Verkehrsflächen) nehmen als befestigte und versiegelte Flächen eine Grundfläche von ca. 12.000 m² ein. Im Rahmen ei-

ner von der HPC Harress Pickel Consult AG durchgeführten Baugrunduntersuchung wurde festgestellt, dass in den vorgenommenen Bohrungen keine Bodenverunreinigungen vorhanden waren. Nach Mitteilung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis gibt es für das Baufeld auch keinen Eintrag im Bodenschutz- und Altlastenkataster und darüber hinaus auch keine Hinweise für Bodenverunreinigungen (vgl. Baugrund- und Gründungsgutachten vom 29.08.2008 in Kap. 15 der Antragsunterlagen).

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz dient u.a. bei dem nach diesem Gesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen der integrierten Vermeidung und Verminderung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Emissionen in Luft, Wasser und Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft, um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen (§ 1 Abs. 2 BImSchG). Daneben findet auf schädliche Bodenveränderungen und Altlasten das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) Anwendung, soweit Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes oder der auf Grund des BImSchG erlassenen Rechtsverordnungen über die Errichtung und den Betrieb von Anlagen unter Berücksichtigung des § 3 Abs. 3 BBodSchG Einwirkungen auf den Boden nicht regeln (§ 3 Abs. 1 Nr. 11 BBodSchG).

Im Hinblick auf das Schutzgut Boden gelten schädliche Bodenveränderungen i.S. des § 2 Abs. 3 BBodSchG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie durch Immissionen verursacht sind, als schädliche Umwelteinwirkungen nach § 3 Abs. 1 BImSchG, im übrigen als sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG (§ 3 Abs. 3 Satz 1 BBodSchG). Zur näheren Bestimmung der immissionsschutzrechtlichen Vorsorgepflichten sind die in einer Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 2 BBodSchG festgelegten Werte heranzuziehen, sobald in einer Rechtsverordnung oder einer Verwaltungsvorschrift des Bundes bestimmt worden ist, welche Zusatzbelastungen durch den Betrieb einer Anlage nicht als ursächlicher Beitrag zum Entstehen schädlicher Bodenveränderungen anzusehen sind (§ 3 Abs. 3 Satz 2 BBodSchG). Mit Inkrafttreten der novellierten TA Luft am 01.10.2002 und der Änderung der 17. BImSchV i.d.F. vom 14.08.2003 liegen konkretisierende Vorschriften i.S. von § 3 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 3 Satz 2 BBodSchG auf Grundlage des BImSchG vor, welche auch Einwirkungen auf den Boden regeln. Für die Prüfung hinsichtlich der Entstehung schädlicher Bodenveränderungen ist daher nach Nr. 4.5.1 TA Luft zu verfahren. Für den Niederschlag der unter Nr. 4.5.1 TA Luft genannten Schadstoffe Arsen, Blei Cadmium, Nickel und Thallium ist nach Nr. 4.5.2 Buchst. a) aa) TA Luft eine irrelevante Zusatzbelastung anzunehmen, wenn

die Kenngröße 5 % der jeweils maßgeblichen Immissionswerte nicht überschreitet. Aus der vorgelegten Immissionsprognose ergibt sich, dass die Kenngröße für die Zusatzbelastung für die Deposition durch die Emissionen des EBS-HKW an keinem Beurteilungspunkt mehr als 5 vom Hundert des jeweiligen Immissionswertes in Tabelle 6 beträgt. Auch am Maximum der Depositions-Zusatzbelastung ergeben sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen schädlicher Umwelteinwirkungen.

2.3.2.6 Naturschutzrecht

Der Standort des EBS-HKW liegt auf dem Betriebsgelände des Zementwerks Schelklingen neben der Schotterhalle. Bei dem Zementwerk handelt es sich um einen kompakten und massiv gebauten Industriekomplex erheblichen Ausmaßes. Auf dem Zementwerksgelände befinden sich bereits zwei Schornsteine mit Höhen von 70 m und 75 m und weitere 50 m bis 70 m hohe Gebäude. Das 50 m hohe Kesselhaus und das 40 m hohe Maschinenhaus, der ca. 40 m hohe Brennstoffbunker sowie der 60 m hohe Kamin des EBS-HKW fügen sich in den vorhandenen Gebäudebestand ein. Sichtbeziehungen zum geplanten EBS-HKW bestehen nur von der Ringinger Straße, von der Hangkante des Achtals und vom Südhang des Schlossbergs. Somit werden durch die Errichtung des EBS-HKW weder das Orts- und Landschaftsbild i.S. des § 11 Abs. 1 Satz 1 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg verunstaltet noch das Landschaftsbild i.S. der §§ 20 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG) und 18 Abs. 1 Bundes-Naturschutzgesetz (BNatSchG) erheblich beeinträchtigt.

In der Umgebung des Zementwerks Schelklingen und damit auch des geplanten EBS-HKW befinden sich europäische Vogelschutzgebiete („Schmiechener See“ und „Täler der mittleren Flächenalb“), die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung „Tiefental und Schmiechtal“ und „Blau und kleine Lauter“, Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Bei dem nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen EBS-HKW handelt es sich um ein Projekt, das geeignet ist, ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (vgl. § 14 Abs. 1 Nr. 7 NatSchG) oder ein europäisches Vogelschutzgebiet (vgl. § 14 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG) erheblich zu beeinträchtigen (§ 14 Abs. 1 Nr. 13 Buchst. a NatSchG). Solche Projekte sind vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Gebiets von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines europäischen Vogelschutzgebietes (vgl. § 14 Abs. 1 Nr. 11 NatSchG und § 10 Abs. 1 Nr. 9 BNatSchG) zu überprüfen (§ 38 Abs. 1 Satz 1 NatSchG und § 34 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG). Ergibt die Prüfung der

Verträglichkeit, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen eines der vorstehend genannten Gebiete in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann, ist es unzulässig (§ 38 Abs. 2 NatSchG und § 34 Abs. 2 BNatSchG).

Ob ein Projekt zu einer erheblichen Beeinträchtigung in diesem Sinne führen kann, erfordert eine Einzelfallbeurteilung. Zunächst ist in einem ersten Prüfabschnitt aufgrund einer überschlägigen Betrachtung festzustellen, ob überhaupt erhebliche Auswirkungen auf die Erhaltungsziele ausgehen können. Eine derartige Geeignetheit ist anzunehmen, wenn Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit erheblicher oder in ihren Auswirkungen ohne nähere Prüfung nicht abschätzbarer Beeinträchtigungen bestehen. Die Prüfung darf sich dabei nicht nur auf die Wirkungen des einzelnen Projekts (vorliegend das geplante EBS-HKW) beschränken, sondern muss je nach den Umständen des Einzelfalls die Summationswirkungen im Zusammenhang mit anderen (schon realisierten oder konkret geplanten) Projekten (vorliegend das Zementwerk Schelklingen) einbeziehen (vgl. Nr. 5.1.4 der VwV Natura 2000 vom 16.07.2001, GABl. S. 891; ferner Nr. 3.6 der Vollzugshilfe zur Ermittlung erheblicher und irrelevanter Stoffeinträge in Natura-2000-Gebiete des Landesumweltamtes Brandenburg vom November 2008). Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit erheblicher Beeinträchtigungen liegen u.a. vor, wenn die unter Heranziehung der Nr. 4.4 TA Luft und der UVPVwV ermittelten Irrelevanzschwellen für die projektspezifische Zusatzbelastung überschritten werden. Liegt keine Überschreitung dieser Irrelevanzschwellen vor, kann in der Regel eine erhebliche Beeinträchtigung der FFH-Lebensraumtypen und -arten und SPA-Arten ausgeschlossen werden, sodass von einer vertiefenden Prüfung (= der eigentlichen FFH-Verträglichkeitsprüfung) abgesehen werden kann.

Die vom TÜV Nord Umweltschutz im Jahr 2008 durchgeführte FFH-Vorprüfung hat u.a. ergeben, dass das Projekt (= EBS-HKW) zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele der im Einwirkungsbereich gelegenen Natura-2000 Gebiete führt und deshalb keine weitergehende Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Eine ergänzende Betrachtung anhand der „Vollzugshilfe zur Ermittlung erheblicher und irrelevanter Stoffeinträge in Natura-2000-Gebiete“ des Landesumweltamtes Brandenburg vom November 2008 bestätigt dies.

Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass ein Verbotstatbestand nach § 42 Abs. 1 BNatSchG vorliegen könnte, liegen nicht vor (spezielle artenschutzrechtliche Prüfung).

2.4 Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen (§ 11 UVPG)

2.4.1. Rechtsgrundlage

Für das Vorhaben war eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Dies ergibt sich aus § 3b Abs.1 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) i. V. m. Nr. 8.1.2 der Anlage hierzu. Bei UVP-pflichtigen Anlagen erarbeitet die Genehmigungsbehörde auf der Grundlage der nach §§ 4 bis 4e der 9. BImSchV beizufügenden Unterlagen, der behördlichen Stellungnahmen nach §§ 11 und 11a der 9. BImSchV, der Ergebnisse eigener Ermittlungen sowie der Äußerungen und Einwendungen Dritter eine zusammenfassende Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter einschließlich der Wechselwirkung, sowie der Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden, einschließlich der Ersatzmaßnahmen bei nicht ausgleichbaren aber vorrangigen Eingriffen in Natur und Landschaft (§ 20 Abs. 1a Satz 1 der 9. BImSchV). Diese Darstellung ist sowohl Inhalt des Genehmigungsbescheides (§ 21 Abs. 1 Nr. 5 der 9. BImSchV) als auch Inhalt der ablehnenden Entscheidung (§ 20 Abs. 3 Satz 2 der 9. BImSchV).

2.4.2 Standort

Die Vattenfall Europe New Energy GmbH beabsichtigt auf dem Gelände des Zementwerks Schelklingen ein Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk (EBS-HKW) zu errichten und zu betreiben. Der geplante Standort auf dem ehemaligen Kohlenlagerplatz am südöstlichen Rand des Betriebsgeländes wird im Südwesten durch eine ca. 15 m hohe Felswand begrenzt. Südöstlich und nordöstlich des Standorts liegen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die bis zur Ringinger Straße reichen. Nordwestlich des Standorts befinden sich die übrigen Anlagen des Zementwerks, die durch die Bahnlinie und die B 492 von der Wohnbebauung der Stadt Schelklingen getrennt werden.

Nach Auffassung der höheren Baurechtsbehörde (Regierungspräsidium) ist das Gelände bauplanungsrechtlich nicht nach § 35 BauGB, sondern nach § 34 Abs. 1 BauGB zu beurteilen. Daraus folgt, dass einerseits ein Raumordnungsverfahren entfällt und andererseits - wie auch im Fall des § 35 BauGB - das Einvernehmen der Stadt Schelklingen nach § 36 BauGB zwingend notwendig ist, das von der

Stadt Schelklingen jedoch verweigert worden ist. Darüber hinaus hat die Stadt Schelklingen beschlossen, für das Gelände des Zementwerks einen die Errichtung des EBS-HKW ausschließenden Bebauungsplan aufzustellen und eine Veränderungssperre zu erlassen. Der Erlass der Veränderungssperre wurde im Schelklinger Stadtboten, Ausgabe vom 26.02.2009, öffentlich bekannt gemacht und ist mit der Bekanntmachung in Kraft getreten. Damit stehen dem Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH andere öffentlich-rechtliche Vorschriften i. S. des § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG entgegen.

2.4.3 Anlage

Das geplante EBS-HKW hat eine Feuerungswärmeleistung von 117,5 MW (Dauerlast) bzw. 129,25 MW (Spitzenlast) bei einem Brennstoffeinsatz von 19 Tonnen je Stunde bis 31,1 Tonnen je Stunde und soll der Produktion von elektrischer Energie und Wärme dienen. Als Brennstoffe sollen nicht gefährliche Abfälle der Abfallschlüsselnummern 16 03 06, 19 05 01, 19 08 01, 19 12 10 und 19 12 12 zum Einsatz kommen. Beantragt wird ein maximaler Anlageninput von 248.800 Tonnen jährlich.

Die Anlage besteht im Wesentlichen aus dem EBS-Bunker zur Annahme und Lagerung der Brennstoffe, dem Kesselhaus mit der Feuerung und dem Dampferzeuger, dem Maschinenhaus mit Dampfturbine und Generator, Einrichtungen zur Reinigung und zur Fortleitung der Abgase sowie Nebenanlagen zur Lagerung der Reststoffe.

Von den 117,5 MW Feuerungswärmeleistung (Dauerlast) werden 26 MW für die Erzeugung elektrischer Energie genutzt. Davon sollen 19 MW dem Zementwerk zur Verfügung gestellt werden und 3 MW in das öffentliche Netz eingespeist werden. 4 MW werden für den Eigenbedarf genutzt. Von der verbleibenden Wärme sollen 12 MW für eine externe Nutzung (z. B. Fernwärme) ausgekoppelt werden, sofern dies realisiert werden kann. Die verbleibenden Wärmeverluste in Höhe von 79,5 MW setzen sich aus den Kessel- und Turbinenverlusten (20,6 MW) und der über den Luftkondensator abgegebenen Abwärme (58,9 MW) zusammen.

2.4.4 Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen

Von dem EBS-HKW gehen Umweltauswirkungen im Wesentlichen in Form von Luftschadstoffen und Lärm aus. Ursächlich sind sowohl der Betrieb der eigentli-

chen Anlage als auch der Fahrzeugverkehr auf dem Betriebsgelände. Darüber hinaus sind Geruchsemissionen sowie andere Umweltauswirkungen, etwa durch Erschütterungen, Licht oder elektrische bzw. magnetische Felder nicht in relevantem Ausmaß zu erwarten.

Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen wird durch primäre und sekundäre Maßnahmen getroffen. Zu den primären Maßnahmen gehört die Begrenzung des Schadstoffgehalts der eingesetzten Ersatzbrennstoffe sowie die Einhaltung der Verbrennungsbedingungen gemäß § 4 Abs. 2 der 17. BImSchV (850 °C / 2 s). Die mehrstufige Abgasreinigungsanlage ist den sekundären Maßnahmen zuzurechnen.

Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftschadstoffe wird entsprechend dem Stand der Technik getroffen: Die beantragten Emissionsgrenzwerte für Gesamtstaub, organische Stoffe (angegeben als Gesamt-C), gasförmige anorganische Chlorverbindungen (angegeben als HCl), gasförmige anorganische Fluorverbindungen (angegeben als HF), Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid (angegeben als SO₂), Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid (angegeben als NO₂) und Kohlenmonoxid entsprechen den Vorgaben des § 5 Abs. 1 der 17. BImSchV. Allerdings beschränkt sich die Antragstellerin auf einen Bezugssauerstoffgehalt von 9 Vol.-% statt 11 Vol.-% (wie von § 5 Abs. 2 der 17. BImSchV gefordert), was einer Verschärfung auf ca. 83,3 % der gesetzlich geforderten Emissionsgrenzwerte gleichkommt.

Für die Luftschadstoffe Quecksilber (nur Tagesmittelwert), Summe der Schwermetalle nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b) sowie für PCDD / PCDF wird jeweils die Hälfte des Emissionsgrenzwertes nach § 5 Abs. 1 der 17. BImSchV beantragt. Unter Berücksichtigung des Bezugssauerstoffgehalts von 9 Vol.-% entspricht dies somit ca. 41,7 % der von der Verordnung geforderten Werte.

Für die Summe aus Cadmium und Thallium und für die krebserzeugenden Stoffe nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c) werden jeweils ca. 44 % bzw. 42 % der Werte nach § 5 Abs. 1 der 17. BImSchV beantragt, bei Berücksichtigung des Bezugssauerstoffgehalts ergeben sich ca. 36,7 % bzw. 35,0 % der geforderten Werte.

Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärm wird entsprechend dem Stand der Lärminderungstechnik getroffen. Vorsorge gegen Geruchsemissionen wird getroffen, indem die Abluft aus dem EBS-Bunker abgesaugt und über

die Feuerung geführt wird. Zur Geruchsminderung während der Anlagenstillstände wird die Bunkerabluft über ein Aktivkohlefilter geleitet.

2.4.5 Wesentliche Umweltauswirkungen

2.4.5.1 Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen

durch Luftschadstoffe:

Zur Ermittlung der anlagenbedingten Zusatzbelastung hat die TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co. KG eine Immissionsprognose erstellt, die die beim Betrieb der Anlage zu erwartenden gefassten und diffusen Emissionen - einschließlich des Fahrzeugverkehrs auf dem Betriebsgelände - berücksichtigt. Die Prognose wurde mit dem Programmsystem LASAT und auf Grundlage einer von der Firma Müller-BBM erstellten prognostischen Windfeldbibliothek erstellt. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Anlage zu einer irrelevanten Zusatzbelastung i. S. der Nr. 4.1 Buchstabe c) TA Luft führt. Die in Nrn.

4.2.2 (Schutz der menschlichen Gesundheit),

4.3.2 (Schutz vor erheblichen Belästigungen oder erheblichen Nachteilen durch Staubbiederschlag),

4.4.3 (Schutz vor erheblichen Nachteilen, insbesondere Schutz der Vegetation und von Ökosystemen) und

4.5.2 (Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Schadstoffdeposition)

genannten Irrelevanzwerte werden an allen Beurteilungspunkten unterschritten. Gemäß Nr. 4.1 TA Luft kann somit davon ausgegangen werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch die Anlage nicht hervorgerufen werden können.

durch Gerüche:

Nach der Immissionsprognose (Kapitel 18 Nr. 5.2 Tabelle 10, S. 19) ist für die Feuerungsanlage (in einem konservativen Ansatz) mit einer Geruchsemissionskonzentration von 2000 GE/m³ und einem Geruchsmassenstrom von 400 Megageruchseinheiten (MGE) pro Stunde gerechnet worden. Die Prognose weist Überschreitungshäufigkeiten der Geruchsschwelle von max. 0,4 % am Beurteilungspunkt 10 aus. Die Irrelevanzgrenze liegt hierfür bei 2 % und der Grenzwert / Richtwert nach der Geruchsimmissionsrichtlinie bei 10 % für Wohnbebauung.

durch Lärm:

Zur Ermittlung der anlagenbezogenen Zusatzbelastung hat die Müller-BBM GmbH, Planegg, ein schalltechnisches Prognosegutachten erstellt. Demnach führt der Betrieb der Anlage - einschließlich der Nebeneinrichtungen und des Fahrzeugverkehrs auf dem Betriebsgelände - an den maßgeblichen Immissionsorten tagsüber zu einem Beurteilungspegel von mindestens 6 dB(A) und nachts von mindestens 9 dB(A) unter den zulässigen Immissionsrichtwerten nach Nr. 6.1 TA Lärm. Der von der Anlage verursachte Immissionsbeitrag kann damit als nicht relevant i: S. der 3.2.1 TA Lärm angesehen werden.

Dem schalltechnischen Gutachten der Müller BBM GmbH vom 09.10.2008 zufolge liegen die durch den anlagenbezogenen An- und Abfahrtsverkehr auf öffentlichen Straßen verursachten Beurteilungspegel tags und nachts um mehr als 3 dB(A) unter den zulässigen Immissionsgrenzwerten der 16. BImSchV, so dass keine organisatorischen Maßnahmen zur Lärminderung notwendig sind. Grundlage hierfür war eine anteilige Aufteilung des Verkehrs auf der B 492 und der L 240 aus Richtung Ehingen (30 %), Blaubeuren (40 %) und Ringingen (30 %). Selbst wenn die Zu- und Abfahrten zu 100 % aus einer Richtung erfolgten, würden nach der ergänzenden schalltechnischen Beurteilung der Müller BBM GmbH vom 16.04.2009 die zulässigen Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV auch dann noch deutlich unterschritten.

Zur Beurteilung des Baustellenlärms ist nicht die TA Lärm, sondern die „Allgem. Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm)“ heranzuziehen (s.a. VGH Ba.Wü., Urt. v. 08.02.2007 - 5 S 2257/05 - ES Feldhaus VwVfG § 74-3). Die von Müller BBM durchgeführte Berechnung und Beurteilung des Baustellenlärms vom 24.06.2009 hat ergeben, dass an allen Immissionsorten die zur Tagzeit zulässigen Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm bei allen 3 Bauphasen unterschritten werden. Dagegen wird in der Nachtzeit der Immissionsrichtwert in der Bauphase 1 an allen Immissionsorten überschritten. Nach der AVV Baulärm sind aber nur bei Überschreitungen von mehr als 5 dB(A) Maßnahmen zur Lärminderung zu treffen. Dies betrifft vor allem die Immissionsorte IO 2 und IO 5 in der Bauphase 1 und den Immissionsort IO 6 während aller Bauphasen. Durch die Verlegung besonders lärmintensiver nächtlicher Bauarbeiten auf den Tag können Überschreitung des für die Nachtzeit geltenden Immissionsrichtwertes vermieden werden.

2.4.5.2 Auswirkungen auf Boden und Wasser

Die Anlage soll auf dem ehemaligen Kohlenfreilager des Zementwerks Schelklingen errichtet werden. Der Baugrund besteht aus Kalksteinfels. Die Oberfläche ist mit gebrochenem Kalksteinschotter befestigt. Für das EBS-HKG soll eine Fläche von ca. 18.000 m², davon ca. 6.000 m² für Gebäude und Nebenanlagen, in Anspruch genommen werden. Die Straßen und Wege (Verkehrsflächen) nehmen als befestigte und versiegelte Flächen eine Grundfläche von ca. 12.000 m² ein.

Bzgl. des Eintrags von Luftschadstoffen in den Boden und in Gewässer wurde eine Prognose erstellt, die den Orientierungswerten der Verwaltungsvorschrift zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV) in Anhang 1, Nr. 1.3 und den Prüf- und Vorsorgewerten des Bundesbodenschutzgesetzes gegenübergestellt wurde. Nach der UVPVwV ist eine durch das Vorhaben verursachte Zusatzbelastung unbeachtlich, wenn diese kleiner als 2 % des Tabellenwerts ist. Nach der Prognose liegt die Zusatzbelastung bei Thallium bei 0,2 % und bei den übrigen der dort genannten Stoffe bei nur 0,1 % oder weniger (s. Tabelle 34 S. 113 der UVU).

Das Trink- und Brauchwasser für das EBS-HKW wird aus dem vorhandenen Werksnetz des Zementwerks Schelklingen bezogen. Das EBS-HKW arbeitet mit Ausnahme von Abschlammungen und Kondensaten hinsichtlich der Energienutzung abwasserfrei. Die Abschlammungen und Kondensate werden innerhalb des Betriebs der Vattenfall Europe New Energy GmbH behandelt und intern wiederverwendet. Behandlungsbedürftiges Oberflächenwasser und Sanitärabwasser wird der Schmutzwasserkanalisation des Zementwerks zugeleitet. Das Wasser von den Dachflächen wird in einem Regenrückhaltebecken gesammelt und vergleichmäßig dem Prozessabwasserbehälter zugeführt. Das Niederschlagswasser der Verkehrsflächen wird in zwei Regenwasserspeicherbecken gepuffert und zeitversetzt über das Werksnetz des Zementwerks dem Vorfluter (Ach) zugeführt. Die wasserrechtliche Erlaubnis wurde der HeidelbergCement AG am 20.09.2002 vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis Ulm erteilt.

Das Zementwerk Schelklingen und damit auch das geplante EBS-HKW liegen innerhalb der Zone IIIA des Wasserschutzgebietes Blaubeuren - Gerhausen. Die WSG-VO des LRA Alb-Donau-Kreis vom 03.12.2003 schließt in der Zone IIIA ausdrücklich das Errichten und das Erweitern von Anlagen zur Entsorgung von Reststoffen aus, wozu auch das Gewinnen von Energie aus Abfällen zählt. Weiterhin ist sowohl in der WSG-VO als auch in der VAWs weitgehend inhaltsgleich das La-

gern wassergefährdender Stoffe (wozu die von der Vattenfall Europe New Energy GmbH beantragten Ersatzbrennstoffe gehören) nur bis zu bestimmten Mengengrenzen (unterirdisch 1000 m³ bei WGK 1) und nur in doppelwandigen Anlagen oder Anlagen mit Auffangraum zulässig. Nicht gestattet sind ferner großflächige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird.

Nachdem das Vorhaben der Vattenfall Europe New Energy GmbH ursprünglich den Verboten der WSG-VO und den Vorgaben der VAwS zuwiderlief, hat die Antragstellerin im Januar 2009 die Planung hinsichtlich der baulichen Ausführung des Brennstoff- und des Schlackebunkers geändert, mit der Folge, dass die Anforderungen der VAwS erfüllt werden und von dem Verbot der WSG-VO eine Befreiung erteilt werden kann.

2.4.5.3 Auswirkungen auf das Klima

lokale Auswirkungen:

Lokale Auswirkungen durch die von der Anlage ausgehenden Wärmeemissionen sind allenfalls in sehr geringem Umfang zu erwarten.

globale Auswirkungen:

Beim Betrieb der Anlage wird das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) emittiert. Lokale Auswirkungen auf das Klima ergeben sich hieraus nicht. Die Auswirkungen der einzelnen Anlage auf das globale Klima sind vernachlässigbar gering, zumal durch die hier vorgesehene Nutzung des Restabfalls anderenorts möglicherweise CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern eingespart werden können.

2.4.5.4 Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Ortsbild

Der Standort des EBS-HKW liegt auf dem Betriebsgelände des Zementwerks Schelklingen neben der Schotterhalle. Bei dem Zementwerk handelt es sich um einen kompakten und massiv gebauten Industriekomplex erheblichen Ausmaßes. Auf dem Zementwerksgelände befinden sich bereits zwei Schornsteine mit Höhen von 70 m und 75 m und weitere 50 m bis 70 m hohe Gebäude. Das 50 m hohe Kesselhaus und das 40 m hohe Maschinenhaus, der ca. 40 m hohe Brennstoffbunker sowie der 60 m hohe Kamin des EBS-HKW fügen sich in den vorhandenen Gebäudebestand ein. Sichtbeziehungen zum geplanten EBS-HKW bestehen nur

von der Ringinger Straße, von der Hangkante des Achtals und vom Südhang des Schlossbergs.

In der Umgebung des Zementwerks Schelklingen und damit auch des geplanten EBS-HKW befinden sich europäische Vogelschutzgebiete, Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Eine ergänzende Betrachtung der TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co. KG zur FFH-Vorprüfung auf Grundlage Vollzugshilfe des Landesumweltamts Brandenburg zur Ermittlung erheblicher und irrelevanter Stoffeinträge in Natura 2000-Gebiete kommt zu dem Schluss, dass eine Beeinträchtigung dieser Gebiete durch Luftschadstoffe nicht anzunehmen ist.

2.4.5.5 Auswirkungen von Abweichungen vom bestimmungsgemäßen Betrieb

Das EBS-HKW fällt nicht unter die Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung).

In der UVU wird dargelegt, dass ein Brand im Brennstoffbunker als Störung des bestimmungsgemäßen Betriebs mit den weitreichendsten Auswirkungen zu keiner ernstesten Gefährdung in der Umgebung der Anlage führen würde.

Durch das in den Antragsunterlagen unter Nr. 10 vorgelegte Brandschutzkonzept und die unter Nr. 6 zu findende Sicherheitsbetrachtung hinsichtlich der Explosionsgefahren, z. B. durch Stäube, einschließlich der vorzusehenden Maßnahmen zum Schutz vor möglichen Explosionen oder Begrenzung ihrer Auswirkungen, die bei einer Genehmigung als verbindliche Vorgaben für die Anlage festgeschrieben würden, werden ausreichende Maßnahmen zur Vorsorge vor Bränden oder Explosionen getroffen.

Im Fall eines Komplettausfalls des Gewebefilters, z. B. durch einen Filterbrand würde die Beschickung der Anlage mit Brennstoffen gestoppt und der Kessel kontrolliert abgefahren. Die Auswirkungen einer derartigen Störung wären geringer als die des oben angeführten Bunkerbrand-Szenarien und müssen deshalb nicht gesondert untersucht werden.

2.4.6 Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern

Durch die Abluftreinigungstechnik ist keine Verschiebung von Belastungen auf das Abwasser zu erwarten. Die entstehende Asche sowie der Sorptions-Reststoff sollen größtenteils als Bergversatz verwertet werden, so dass ebenfalls keine Verschiebung von Belastungen zu erwarten ist.

2.5 Zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen

Wie vorstehend in Nr. 2.3.1 dargelegt, erfüllt das Vorhaben die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG. Da dem Vorhaben jedoch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften des Bauplanungsrechts (siehe o.a. Nr. 2.3.2.1) entgegenstehen, erfüllt es nicht die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG. Die Erfüllung dieser Genehmigungsvoraussetzungen kann auch nicht durch Nebenbestimmungen sichergestellt werden. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG war daher abzulehnen.

3. Gebühr

Die Gebührenentscheidung beruht auf §§ 1, 3, 4, 5 und 14 des Landesgebührengesetzes (LGebG) i.V. mit § 1 Abs. 1 der Gebührenverordnung des Umweltministeriums (GebVO UM) vom 19.12.2008 (GBl. S. 415) i.d.F. der Änderung vom 12.02.2009 (GBl. S. 117) und Nrn. 8.1.1, 8.7, 9.2.4 und 0.2 des Gebührenverzeichnisses (GebVerz UM) und der Anmerkung (2) hierzu sowie der Ziff. 20.101 der Gebührenverordnung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis Ulm. Die festgesetzte Gebühr in Höhe von 120.000,-- € setzt sich wie folgt zusammen:

Genehmigung nach BImSchG

Errichtungskosten: **149.985.000,-- €**

Gebühr nach Nr. 8.1.1 GebVerz UM somit:

10.000,-- € zuzügl. 0,04 v. H. des 3,5 Mio € übersteigenden Betrags =

10.000,-- € + 0,04 v. 146.485.000,-- € =

10.000,-- € + 58.594,-- € = 68.594,-- €

davon 175 v.H. gem. Nr. 8.7 GebVerz UM =

120.039,50 €

Genehmigung nach der Landesbauordnung

Baukosten: **29.200.000,-- €**

Gebühr gem. Nr. 20.101 der Gebühren-VO des LRA ADK

157.462 m³ x 110,-- € = 173.208.20,-- €, davon 5.v.T. = **86.604,10 €**

Erlaubnis nach § 13 BetrSichV

Errichtungskosten: **15.000.000,- €**(geschätzt)

Gebühr nach Nr. 9.2.4 GebVerz UM

15.500,-- € zuzügl. 0,1 v.H. des 5 Mio überschreitenden Betrages =

15.500,-- € + 0,1 v.H. von 10.000.000,-- € = **25.500,-- €**

Gesamt: 232.143,60 €

Bei einer Ablehnung des Antrages ist nach Nr. 0.2 des GebVerz UM eine Gebühr von 1/10 bis zum vollen Betrag der öffentlichen Leistung zu erheben, vorliegend also zwischen 23.214,36 € und 232.143,60 €. Da die Ablehnung des Genehmigungsantrags mit demselben Verwaltungsaufwand verbunden ist wie für die Erteilung der beantragten Genehmigung ist eine Gebühr in Höhe von 120.000,-- € angemessen.

Die Gebühr wird mit der Bekanntgabe dieses Bescheids zur Zahlung fällig (§ 18 LGeBG); sie ist unter Angabe der Kunden-Referenznummer an die Landesoberkasse Baden-Württemberg auf das auf dem beiliegenden Überweisungsträger angegebene Konto zu überweisen. Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, wird für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 vom Hundert des rückständigen, auf volle 50 Euro nach unten abgerundeten Betrags erhoben.

4. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgerichtshof, Schubertstraße 11, 68165 Mannheim schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle des Gerichts Klage gegen das Land Baden-Württemberg erhoben werden.

Hinweis:

Vor dem Verwaltungsgerichtshof muss sich jeder, der einen Antrag stellt, durch einen Rechtsanwalt oder Rechtslehrer einer deutschen Hochschule vertreten lassen. Die Klage muss den Kläger, das beklagte Land und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten; auch sollen die zur Begrün-

dung dienenden Tatsachen und Beweismittel angegeben werden.

Die Klage und die weiteren Schriftsätze sollen möglichst in vierfacher Fertigung eingereicht und der angefochtenen Bescheid in Urschrift oder Abschrift beigelegt werden.

Reinhard

Übersichtsblatt der Übergabedaten nach SAP R/3

Dokument-Aktenzeichen: 54.-8823.12-1/EBS-HKW VATTENFALL

Zahlungspflichtiger:

Anrede:

Vorname: Vattenfall Europe

Nachname: New Energy GmbH

Straße: Überseering 12

Plz/Ort: 222197 Hamburg

Land: DE

Kassenzeichen: 8905151094666

Betrag: 120000,00 EUR

Fällig am: 18.08.2009

Buchungsstelle:

Sachbearbeiter: 51 P-5Wolf

Finanzstelle: 240013

Finanzposition: 0307.11102

Sachkonto: 510000

Aktenzeichen: 54.1 P/8823.12-1/EBS-HKW Vatte

Auftragsnummer: 000002400000

Kostenstelle: 2400541000

Mahnbereich: 80

Buchungsdatum: 11.08.2009

Verwendungszweck:

Ablehnung Genehmigungsantrag

Begründung:

sachlich und rechnerisch richtig:

freigegeben am: 11.08.2009

freigegeben durch: Herr Wolf